



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Kreistages

---

Sitzungsdatum: Montag, 02.12.2013  
Beginn: 09:07 Uhr  
Ende: 12:07 Uhr  
Ort: Sitzungssaal des Landratsamtes Kronach

---

### Anwesend sind:

#### Landrat

Marr, Oswald

#### Mitglieder CSU Fraktion

Fischer-Petersohn, Daniela

Förtsch, Wolfgang

Geissler, Jonas

Hausmann, Heinz

Heinlein, Reinhold

Klinger, Peter

Korn, Jens

Laschka, Hans-Peter

Löffler, Klaus

Münch, Ewald

Öhring, Petra

Ranzenberger, Joachim

Rebhan, Hans

Rentsch, Gerhard

Rösler, Marietta

Rubel, Albert

Seubold, Barbara

Swiduruk, Anita

Weber, Gabriele

Wich, Markus

Wick, Falk

Wunder, Gerhard

Wunder, Michael

#### Mitglieder SPD Fraktion

Bayerlein, Gert

Ehrhardt, Timo

Fick, Karl H.

Gräbner, Norbert

Grebner, Susanne

Herrmann, Egon

Köhler, Heinz Dr.

Martin, Helga

Pohl, Ralf Dr.  
Rauh, Richard  
Raum, Manfred  
Schmidt, Dietmar  
Schmittnägel, Peter Dipl.-Ing. (FH)  
Steiger, Christa  
Trebes, Jens

Mitglieder Freie Wähler Fraktion

Beiergrößlein, Wolfgang  
Feuerpfeil, Hermann  
Geuther, Eugen Dr.  
Hader, Franz  
Hänel, Peter  
Löffler, Gerhard  
Mück, Helga  
Schneider, Herbert  
Steger, Bernd  
Wicklein, Stefan

ab 11:00 Uhr entschuldigt abwesend

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Memmel, Edith  
Rudolph, Matthias Dr.

Mitglieder Frauenliste

Gerstner, Maria  
Steinhäuser, Ingrid  
Zenkel, Petra

**Entschuldigt sind:**

Mitglieder CSU Fraktion

Blinzler, Hans  
Doppel, Joachim  
Pfadenhauer, Horst

Mitglieder SPD Fraktion

Laczó, Jutta  
Müller, Lydia  
Skall, Oliver  
Völkl, Ralf Dr.-Ing. (Univ.)

Unentschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung

- 1 Informationen
- 1.1 Vorstellung des geänderten Kreiskulturraumkonzeptes
- 2 Arbeitsfelderweiterung des Ausschusses "Soziales" - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2013 **11/060/2013**
- 3 Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2013 **11/061/2013**
- 4 Neufassung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kronach (Abfallwirtschaftssatzung) **26/011/2013**
- 5 Neufassung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis Kronach (Gebührensatzung) **26/012/2013**
- 6 Feststellung der Jahresrechnung 2011 des Landkreises Kronach sowie Beschlussfassung über die Entlastung für das Jahr 2011 **03/002/2013**
- 7 Schülerbeförderung - Antrag der FW Kreistagsfraktion vom 10.11.2013 und der CSU - Kreistagsfraktion vom 11.11.2013
- 8 Unvorhergesehenes
- 9 Anfragen und Sonstiges

Landrat Oswald Marr eröffnet um 09:07 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

# Öffentliche Sitzung

## **TOP 1** Informationen

---

### **TOP 1.1** Vorstellung des geänderten Kreiskulturraumkonzeptes

---

Frau Porzel vom Architekturbüro Spindler+ stellte die Änderungen am Kreiskulturraumkonzept anhand einer Präsentation vor.

Von den Räten wurde dies insgesamt sehr positiv aufgenommen.

Markus Wich sieht den Kreiskulturraum als Aushängeschild des Landkreises und wünscht sich daher auch eine Widerspiegelung des Frankenwaldes in der Gestaltung des Gebäudes. Es wurde daher von Ihm vorgeschlagen den Rohstoff Holz mit einzubringen.

Von Heinz Hausmann wurde darum gebeten, sich auch der Außenbeleuchtung des Gebäudes anzunehmen, da diese bislang nur unzulänglich vorhanden sei.

Frau Porzel erläuterte, dass eine Verbesserung der Außenbeleuchtung und Gestaltung bereits in den Kosten des Konzeptes enthalten sei.

Landrat Oswald Marr führte auf, dass auch ein Akkustiker beauftragt sei.

Wegen eines Termines von Sachgebietsleiter Willibert Fehn wurde ein Teil des TOP 7 (Schülerbeförderung), nämlich die Vorstellung von Frau Michaela Morhard, die seit 01.11.2013 beim Landkreis beschäftigt ist, vorgezogen.

Frau Michaela Morhard stellte sich dem Gremium vor teilte mit, dass sie für die Umpflanzung des ÖPNV zuständig sei.

Willibert Fehn führte auf, dass der Landkreis 50% EU-Förderung für den Personal- und Sachkostenaufwand dieses Projektes erhalte.

## **TOP 2** Arbeitsfelderweiterung des Ausschusses "Soziales" - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2013

---

### **Sachverhalt:**

Am 05.11.2013 wurde von der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ein Antrag an den Kreistag gestellt.

Beantragt wurde, das Arbeitsfeld des Ausschusses „Soziales“ um den Bereich „Gesundheit“ zu erweitern und den Ausschuss in „Soziales und Gesundheit“ umzubenennen.

Begründet wurde der Antrag damit, dass im Bereich der Gesundheitsversorgung der Landkreisbevölkerung in den nächsten Jahren wichtige Weichen gestellt werden müssen. Es gelte in der ärztlichen Versorgung, Nachfolger für bestehende Praxen zu finden und im stationären Bereich die Frankenwaldklinik als Krankenhaus der Grundversorgung zu erhalten.

Aufgrund des demographischen Wandels erlange auch die Koordination der ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen mehr an Bedeutung. Weitere Felder, wie z.B. die notärztliche Versorgung und die von psychischen Erkrankungen könne verbessert werden.

Der Ausschuss soll die im Gesundheitssektor tätigen Institutionen und Menschen vernetzen und soweit möglich politische Unterstützung ausloten.

Dr. Rudolph führte auf, dass Bündnis 90/Die Grünen keine Veränderung der Mitglieder des Ausschusses wollen, sondern lediglich eine Umbenennung. Der Ausschuss solle in diesem Jahr noch zum Thema Klinikverkauf tagen um z.B. ein Konzept zu entwickeln, wie man dem neuen Besitzer Fresenius Helios gegenüberzutreten wolle.

Klaus Löffler führte auf, dass die CSU dem Antrag inhaltlich zustimme.

Lt. Kreisrat Richard Rauh solle zunächst die Verwaltung prüfen, welche Aufgaben dem Ausschuss übertragen werden können. Ein Ausschuss nur für die Frankenwaldklinik sei nicht sinnvoll.

Landrat Oswald Marr forderte die Benennung von konkreten Aufgabenfeldern die der Ausschuss behandeln soll.

Marietta Rösler sprach sich für die Umbenennung des Ausschusses aus, gab aber zu bedenken, dass in Bezug auf den Klinikverkauf nicht zu viel an die Öffentlichkeit dringen solle um eine Verunsicherung der Bevölkerung durch zu viel Negativschlagzeilen zu vermeiden.

Auf die Aussage von Kreisrätin Steinhäuser, die eine zu seltene Tagung des Ausschusses „Soziales“ bemängelte, gab Landrat Oswald Marr die Erklärung ab, dass der Ausschuss so oft tage, wie es Themen gäbe. Da es in letzter Zeit nichts zu behandeln gab, wurde der Ausschuss nicht einberufen.

Zum Klinikverkauf bat Landrat Oswald Marr weiterhin um Gelassenheit. Fresenius Helios sei auch ein Klinikträger und müsse alle bisherigen Verträge erfüllen. Ihm wurde auch von Fresenius Helios zugesichert, dass von dort aus die Bereitschaft bestünde, sich dem Kreistag in einer Sitzung vorzustellen.

Klaus Löffler führte auf, dass sich die Fraktionsvorsitzenden im Beirat der Klinik befänden und damit zwar der Verschwiegenheit unterlägen, er aber das Gremium dahingehend beruhigen könne, dass die Fraktionsvorsitzenden sehr wohl die Interessen des Kreistages in die Gespräche mit einbringen würden.

➤ **Beschluss:**

Der Ausschuss „Soziales“ wird um das Arbeitsfeld „Gesundheit“ erweitert und die Umbenennung erfolgt in „Soziales und Gesundheit“. Die Einführung erfolgt noch in der Legislaturperiode 2008-2014.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 54 Nein 0 Anwesend 54**

**TOP 3** Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur - Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.11.2013

---

**Sachverhalt:**

Von der SPD- Kreistagsfraktion wurde am 18.11.2013 ein Antrag an den Kreistag über die Bildung eines vorberatenden Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur gestellt.

Begründet wurde die Beantragung damit, dass sich die Verkehrssituation im Landkreis Kronach nach wie vor problematisch darstelle. So sei der Landkreis der einzige in Oberfranken ohne Autobahnanschluss. Zwar wurden in den letzten Jahren einige Straßenprojekte verwirklicht, bzw. laufe derzeit noch die Umsetzungsphase, aber insgesamt gäbe es noch einige Defizite. Gute Verkehrsanbindungen seien ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft und die gesamte Region. Auch für Pendler und Urlaubsgäste seien gute Verkehrsanbindungen von Bedeutung.

Um dem negativen Trend der demografischen Entwicklung und der Abwanderung entgegenzuwirken, brauche der Landkreis ein nachhaltiges Infrastrukturprogramm, mit dem Schritt für Schritt die Nachteile gegenüber anderen Regionen auszugleichen sei. Ein Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur könne sich gezielt dieser Zielsetzung annehmen.

Als Vorschläge für die Aufgaben des Ausschusses wurden genannt:

- Ausführliche Erörterung von Fragen der Verkehrsanbindung des Landkreises Kronach, von Fragen der Gestaltung des Nahverkehrs und der Schülerbeförderung im Landkreis Kronach
- Gespräche mit Verkehrsexperten und den Verantwortlichen für die überörtliche Verkehrsinfrastruktur
- Erstellung von Vorlagen für Beschlüsse, bzw. Resolutionen des Kreistags

Als Themenschwerpunkte wurden aufgeführt:

- Ausbau der überörtlichen Straßeninfrastruktur (Autobahn, Bundesstraßen, Staatsstraßen)
- Entwicklungsplan für das Kreisstraßennetz
- Verbesserung der Bahnanbindung (Nahverkehr, Fernverkehr, Güterverkehr)
- Modernes Nahverkehrskonzept vor dem Hintergrund des demographischen Wandels
- Prüfung des Anschlusses an überörtliche Verkehrsverbünde
- Verkehr und Tourismus

Kreisrat Richard Rauh erläuterte dem Gremium die Beweggründe der SPD die zur Antragstellung geführt haben.

Auf die Ausführungen von Klaus Löffler, dass bereits verschiedene Großprojekte im Straßenbau realisiert werden konnten, erwiderte Timo Erhardt, dass der Ausschuss nicht auf Großprojekte abziele sondern auf Themen die den Landkreis betreffen, z.B. die ÖPNV-Planung. Im Ausschuss könnten Gespräche und Diskussionen mit den Verantwortlichen geführt werden, etc.

Klaus Löffler gab zu Bedenken, dass es bereits verschiedene Ausschüsse gäbe und man lieber die vorhandenen stärken, als weitere neue einführen solle.

Von Timo Erhardt wurde vorgeschlagen den Beschlusstext zu ändern, um darüber abzustimmen ob eine sofortige Einführung des Ausschusses gewünscht sei. Der formulierte Text wurde Gegenstand der Abstimmung.

Dr. Ralf Pohl führte auf, dass sich bereits mehrfach gezeigt habe, dass der Kreis Ausschuss aufgrund der Themenvielfalt nicht in der Lage sei, das große Thema Verkehr abzuhandeln. Statt eines Ausschusses könne er sich auch einen Arbeitskreis vorstellen, der sich mit Verkehr und Infrastruktur befasse.

Peter Hänel äußerte, dass das Thema Verkehr in den Kreis Ausschuss gehöre. Es seien schon Kreis Ausschusssitzungen aufgrund fehlender Tagesordnungspunkte abgesagt worden, somit könne sich dieses Gremium durchaus mit dem Thema befassen.

➤ **Beschluss:**

Ein vorberatender Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur wird ab sofort gebildet.

**abgelehnt**

**Ja 23 Nein 31 Anwesend 54**

**TOP 4** Neufassung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kronach (Abfallwirtschaftssatzung)

---

Frau Knauer-Marx, SG 26, Abfallwirtschaft, erläuterte die Änderungen der Abfallwirtschaftssatzung.

**Sachverhalt:**

In der Sitzung des Abfallwirtschafts- und Umweltausschusses vom 29.06.2012 wurden im Vorfeld der durchzuführenden Ausschreibungen und der Behälterverteilung bereits grundsätzliche Entscheidungen über die ab 01.01.2014 geltenden satzungsrechtlichen Regelungen getroffen.

Die Abfallwirtschaftssatzung wird zum 01.01.2014 neu gefasst.

Folgende Regelungen werden geändert bzw. neu gefasst:

- Festlegung zugelassene Behältergrößen für Restmüll (§ 14 Abs. 2)
- Zulassung von Windeltonnen (§ 14 Abs. 2)
- Ausstattung der Behälter (Graue und Grüne Müllgroßbehälter) mit Identifikationschip (§ 14 Abs. 1, 2)
  
- Festlegung Mindestbehältervolumen pro Person und Woche (§ 15 Abs. 1)
- Festlegung Maximalvolumen pro Grundstück – bezogen auf Personenzahl (§ 15 Abs. 1)
- Zulassung der gemeinsamen Nutzung von Behältern bei benachbarten Grundstücken (§ 15 Abs. 1)
- Mindestbehälter bei gewerblicher Nutzung (§ 15 Abs. 2)
- Zulassung und Bereitstellung von Windeltonnen (§ 15 Abs. 3)
- Festlegung Maximalvolumen für Papiertonnen (§ 15 Abs. 4)
- Bereitstellung der Behälter durch Landkreis (§ 15 Abs. 5, 6)
- Gestattung der Weiternutzung von Altbehältern der Grundstückseigentümer bei Nachrüstbarkeit mit Identifikationschip (§ 15 Abs. 5, 6)
- Änderungsdienst für notwendige Behälterwechsel durch Landkreis oder beauftragte Dritte (§ 15 Abs. 5, 6)
- Festlegung von maximal zulässigen Gesamtgewichten (§ 15 Abs. 7)

Eine neue Mustersatzung des Bayer. Landkreistages, die die Regelungen des zum 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes berücksichtigt, soll zwar seit Ende 2012 in Arbeit sein, liegt aber noch nicht vor.

Die Neufassung der Abfallwirtschaftssatzung soll zum 01.01.2014 in Kraft treten.

➤ **Beschluss:**

Die Satzung über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen im Landkreis Kronach (Abfallwirtschaftssatzung) wird lt. Anlage beschlossen. Die Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2014 in Kraft.

Die beigefügte Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**ungeändert beschlossen**

**Ja 54 Nein 0**

**TOP 5** Neufassung der Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis Kronach (Gebührensatzung)

---

Frau Knauer-Marx, SG 26, Abfallwirtschaft, erläuterte die Änderungen der Gebührensatzung.



## **Sachverhalt:**

In der Sitzung des Abfallwirtschafts- und Umweltausschusses vom 29.06.2012 wurden im Vorfeld der durchzuführenden Ausschreibungen und der Behälterverteilung bereits grundsätzliche Entscheidungen über die ab 01.01.2014 geltenden satzungsrechtlichen Regelungen getroffen.

Die Gebührensätze, die ab 2014 gelten sollen, wurden Ende 2012 aufgrund der damals bekannten Kalkulationsdaten erstmals kalkuliert und vorläufig festgesetzt (Beschlussfassung im Abfallwirtschafts- und Umweltausschuss am 04.02.2013).

Folgende Grundzüge der Satzungsregelungen wurden festgelegt:

- Definition des Gebührenschuldners (§ 2 Abs. 1, 2)
- Festlegung des Gebührenmaßstabes – Zusammensetzung aus Grundgebühr nach Behältergröße und Leistungsgebühr nach Zahl der Leerungen (§§ 4 und 5)
- Windeltonnen ohne Grundgebühr, aber mit Leistungsgebühr (§ 4 Abs. 1, 2, § 5 Abs. 2)
- Festlegung der Anzahl der Mindestleerungen auf 12 (§ 5 Abs. 1, 2)
- Festlegung des Abrechnungsmodus (§ 5 Abs. 1, 2)
- Beibehaltung einer grds. einheitlichen Gebühr für alle Leistungen (Restmüllabfuhr, Abfuhr Grüne Tonnen, Sperrmüllabfuhr, dezentrale Kompostierung für Anlieferungen aus privaten Haushaltungen, best. Anlieferungen am Wertstoffhof, etc.) (§ 4 Abs. 1)
- Wegfall der Gebühr bei zusätzlichen Grünen Tonnen für gewerbliche Nutzung
- Festlegung Grundgebühr und Leistungsgebühr für Sackabfuhrgrundstücke (§ 5 Abs. 3)
- Gebührenregelung für Änderungsdienst bei Behältern (§ 5 Abs. 5)
- Regelung für erstmalige Abrechnung (Vorauszahlungsberechnung für 2014 auf Grund von 26 Leerungen, für Folgejahre nach Anzahl der Leerungen im Vorjahr) (§ 7 Abs. 1)
- Regelung für Jahresabrechnung und unterjährige Abrechnungen (§ 7 Abs. 2)
- Festlegung der Fälligkeiten (§ 7 Abs. 3)
- Neukalkulation aller Gebührensätze in § 5

Der Text der Neufassung liegt als Anlage bei.

Die Neufassung der Gebührensatzung soll zum 01.01.2014 in Kraft treten.

## ➤ **Beschluss:**

Die Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung im Landkreis Kronach (Gebührensatzung) wird lt. Anlage beschlossen. Die Satzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2014 in Kraft.

Die beigelegte Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**ungeändert beschlossen**

Sitzung des Kreistages vom 02.12.2013

**Ja 51 Nein 2**

Seite 9 von 13

**TOP 6** Feststellung der Jahresrechnung 2011 des Landkreises Kronach sowie Beschlussfassung über die Entlastung für das Jahr 2011

---

Der Vorsitzende des Kreisrechnungsprüfungsausschusses, Wolfgang Förtsch, erläuterte einige relevante Themen zur durchgeführten Rechnungsprüfung.

**Sachverhalt:**

- siehe Bericht über die örtliche Rechnungsprüfung 2011 –

Kronach, 26.09.2013

Vorsitzender des Kreisrechnungsprüfungs- Ausschusses	Kreisrechnungs- prüfungsamt	Kenntnis genommen Kreiskämmerei
--	--------------------------------	------------------------------------

Förtsch

Beetz

Daum

➤ **Beschluss:**



1. Der vom Rechnungsprüfungsamt erstellte Bericht über die örtliche Prüfung der Jahresrechnung 2011 des Landkreises Kronach vom 26.08.2013 wurde mit Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 17.09.2013 zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses im Sinne des Art. 89 Abs. 1 LKrO erklärt.  
Der Kreistag hat von diesem Bericht Kenntnis genommen.  
Die hierin enthaltenen Prüfungsfeststellungen sind – soweit bisher noch nicht erfolgt – in angemessener Zeit zu erledigen bzw. zu beachten.

Aufgrund der Ergebnisse der örtlichen Rechnungsprüfung wird die Jahresrechnung 2011 des Landkreises Kronach nach Art. 88 Abs. 3 LKrO gemäß der Anlage festgestellt.

2. Der Verwaltung wird für das Jahr 2011 die Entlastung erteilt.



**ungeändert beschlossen**

**Ja 53 Nein 0**

**TOP 7** Schülerbeförderung - Antrag der FW Kreistagsfraktion vom 10.11.2013 und der CSU - Kreistagsfraktion vom 11.11.2013

---

Vor dem Übergang zu TOP 7 erläuterte Landrat Oswald Marr zunächst die Beweggründe für die kurzfristige Absetzung des Tagesordnungspunktes „Atenschutzübungsanlage“ Demnach wären neue Erkenntnisse zur Standortfrage vorhanden.

Die Fraktionsvorsitzenden waren sich in einer aufgrund dessen stattgefundenen Vorbesprechung einig, dass über den Punkt nicht entschieden werden solle, solange diese neuen Erkenntnisse noch nicht ausführlich diskutiert wären.

Vereinbart wurde, dass über die Errichtung der Atenschutzübungsanlage im nächsten KT entschieden werden solle.

### Schülerbeförderung:

Landrat Oswald Marr berichtete über die aktuellen Erkenntnisse und Zahlen. Demnach ergaben Zählungen am Bahnhof und im Zug folgendes Bild:

#### **28.11.2013:**

Zusteiger in Kronach: ca. 365

Fahrgäste ab Kronach: ca. 400

Fahrgäste ab Steinbach: 103

Fahrgäste ab Ludwigsstadt: 21

#### **27.11.2013:**

Zusteiger in Kronach: ca. 350

Fahrgäste ab Kronach: ca. 375

Fahrgäste ab Steinbach: 83

Fahrgäste ab Ludwigsstadt: 27

#### **26.11.2013:**

Zusteiger in Kronach : 365

Fahrgäste ab Kronach: 400

Fahrgäste ab Steinbach in der Bahn: 112

Fahrgäste ab Ludwigsstadt in der Bahn: 34

#### **25.11.2013:**

Zusteiger in Kronach : 350

Fahrgäste ab Kronach: 375

Fahrgäste ab Steinbach in der Bahn: 96

Fahrgäste ab Ludwigsstadt in der Bahn: 19

#### **22.11.2013:**

Fahrgäste am Bahnsteig Kronach: 440

Fahrgäste vor Kronach in der Bahn: 30

Fahrgäste ab Kronach in der Bahn: 470

Fahrgäste ab Steinbach in der Bahn: 122

Fahrgäste ab Ludwigsstadt in der Bahn: 7

Der parallel zur Schiene angebotene Bus war lediglich mit 3-5 Schülern täglich besetzt.

Marc-Peter Biederman, SG 32, Verkehrswesen, erläuterte, dass sich der Nahverkehr in zwei Bereiche einteile:

1. Schienennahverkehr: Zuständigkeit läge bei der BEG (Ist dem bayer. Innenministerium unterstellt – die Regelung des Schienennahverkehrs obliegt somit dem Freistaat Bayern)
2. Personennahverkehr auf der Straße: Zuständigkeit läge beim Landkreis

Alle eingegangenen Beschwerden zum Thema Bahn wurden durch die Verwaltung sowohl an die BEG als auch an die DB-Regio Nordostbayern weitergeleitet.

Ab Fahrplanänderung (15.12.2013) sei wieder ein 5-Teiler durch die BEG zugesichert. Im Laufe des noch laufenden Fahrplanjahres, sei der auch hier schon zu bereitstellende 5-Teiler aus technischen Gründen „abhanden“ gekommen.

Die im letzten Kreisausschuss eingereichten Änderungsvorschläge der CSU-Fraktion in Bezug auf die Buslinien im nördlichen Landkreis, werden zusammen mit Frau Morhard und der OVF ausgearbeitet. Seitens der OVF wurde im Januar ein Termin hierfür zugesichert.

Marc-Peter Biedermann gab zu Bedenken, dass man, sollten zusätzliche Schulbusse eingesetzt werden, die öffentlichen Linien dadurch schwäche.

## **TOP 8** Unvorhergesehenes

---

## **TOP 9** Anfragen und Sonstiges

---

Richard Rauh teilte mit, dass die Arbeit des Arbeitskreises Demografie abgeschlossen wäre und man die Ergebnisse der Arbeit der letzten Jahre in einer der nächsten Sitzungen vorstellen könne.

Albert Rubel brachte den Antrag der CSU Fraktion vor, im Zuge der Generalsanierung der Lorenz-Kaim-Berufsschule eine Hackschnitzelanlage einzubauen. Der Antrag solle in einer der nächsten KA bzw. KT-Sitzung behandelt werden.

Landrat Oswald Marr sicherte eine Prüfung zu, sobald man sich mit der Haustechnik des Objektes beschäftige.

Von Albert Rubel wurde außerdem nachgefragt, wie der neueste Stand in Sachen strukturpolitische Maßnahmen wäre.

Landrat Oswald Marr erwiderte, dass einige Teile der geplanten Maßnahmen, wie z.B. in Bezug auf die Demografie, bereits angegangen wurden. Hinsichtlich der Ansätze im Bereich Tourismus habe ein Abstimmungsgespräch mit der Regierung zur Aufgabenteilung stattgefunden.

Die Hotelfachschule werde der Berufsschule Kronach angegliedert und laufe über die Regierung. Für die geplante Finanzfachhochschule sei das Ministerium zuständig.

Hans Rebhan drückte gegenüber dem Gremium seine Hoffnung aus, dass die beiden Konzepte „Innovationszentrum“ und „Studiengang“ für den Landkreis Kronach durchgesetzt werden können. Die Entscheidung über die sinnvollen aber nicht ganz billigen Projekte falle am 13./14.12. 2013.

.

Um 12:07 Uhr schließt Landrat Oswald Marr die Sitzung des Kreistages.

Oswald Marr  
Landrat

Sonja Welsch  
Schriftführer/in